

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: M. Graumann in Stettin, Kirchplatz 8—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeile ober oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Beilagen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten: Hofmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler
G. L. Danne, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max
Germann, Elberfeld W. Thienes, Greiswald G. Illies,
Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Noolbaar, A.
Steiner, Wilhelm Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Ans dem preussischen Staatshaushaltsrat.

Der preussische Staatshaushaltsrat für 1895
bis 1896 schließt in Einnahme und Ausgabe mit
1 899 473 497 Mark ab.

Die Einzelübersichten haben sich folgendermaßen ge-
stellt:

Der Etat der Domänenverwaltung weist eine Einnahme von 27 963 020 Mark, d. i. ein Minus von 743 750 Mark gegen das laufende Jahr auf, welches jedoch durch Ausgabeersparnisse zum größten Theile seine Deckung findet, indem durch die Verpachtung der Mineralbrunnen zu Niederseifen, Fackeln und Glimm-Anlagen in Höhe von 631 420 Mark erspart werden. Die obengenannten Brunnen sind für 1 767 692 Mark verpachtet. Die Pächter sind übrigens verpflichtet, wenn ihr Absatz in einem Pachtjahre ein bestimmtes konstantes normiertes Quantum übersteigt, außer dem festen jährlichen Pachtgeld einen Zuschlag je nach der Höhe des Mehrbetrages zu entrichten. Die dauernden Ausgaben sind auf 6 196 030 Mark veranschlagt, um, wie schon erwähnt, über 600 000 Mark niedriger als im laufenden Jahre. Die einmaligen und außerordentlichen Ausgaben sind mit 918 500 Mark eingestellt, das Mehr von 368 500 Mark entfällt im Betrage von 268 500 Mark auf Sommerbezahlung von Theilen des Osterbeers und Zehntbiller Vorlandes im Kreise Oberseifen, von welchen Meliorationen eine Viehernahme aus den jetzt zu Schafweiden verpachteten Ländereien von 23 500 Mark zu erwarten steht. Die Position zur Bewilligung von Darlehen an Domänenpächter ist um 100 000 Mark erhöht. Der Ueberschuß der Domänenverwaltung ist mit 20 848 490 Mark, das sind 440 190 Mark niedriger als pro 94/95 veranschlagt.

Der Etat der Forstverwaltung weist einen Minusüberschuß von 2 394 000 Mark auf. Die Einnahmen, welche insgesamt auf 61 616 000 Mark veranschlagt sind, bleiben bei dem Holz, dessen Ertrag mit 56 Millionen Mark etabliert ist, um 2 Millionen zurück. Die dauernden Ausgaben sind mit 34 836 000 Mark, um 506 000 Mark höher, eingestellt. Von dem Mehr entfallen 180 000 Mark auf Remuneration der Forstbediensteten, auf der 1890—91 ausgeworfene Fonds sich nicht mehr als ausreichend erwiesen hat. Die einmaligen Ausgaben stellen sich mit 1 750 000 Mark auf die Höhe des laufenden Jahres. Der Ueberschuß bei der Forstverwaltung beträgt 25 030 000 Mark.

Der Etat der Verwaltung der direkten Steuern weist einen Minusüberschuß von 29 313 600 Mark auf. Hier zeigen sich zum ersten Male im Etat die vollen Wirkungen der Steuerreform. Die Einnahmen mit 161 553 900 Mark bleiben mit 32 868 100 Mark gegen das laufende Jahr zurück. Die Einkommensteuer ist auf 121 400 000 Mark, also in ihrem vollen Ertrage, das sind 34 872 000 Mark mehr als pro 94—95, eingestellt, die Ergänzungsteuer mit 35 Millionen Mark erscheint zum ersten Male im Etat. Da die Gewerbesteuer von den lebenden Gewerben einschließlich der Betriebssteuer fortfällt und nur die Steuer vom Gewerbebetriebe im Umgrößen für die Staatskasse erhoben wird, so erscheint dieser Titel nur mit 2 646 300 Mark, das sind 22 344 700 Mark weniger als im laufenden Jahre. Die Gebühren sind mit 1 660 500 Mark, um 589 500 Mark niedriger, eingestellt, in Folge des Uebergangs der Einzelbesteuerung der direkten Staatssteuern auf die Gemeinden. Die Grundsteuer mit 39 844 800 Mark und die Gebäudesteuer mit 40 044 300 Mark fällt bekanntlich gleichfalls fort. Ihren Ausgleich findet diese Minus-Einnahme bekanntlich durch den Plus der Einkommensteuer, der neu hinzugekommenen Vermögenssteuer und endlich durch die Vertheilung der Ver. Steuern. Die dauernden Ausgaben sind mit 14 332 100 Mark, um 3 554 500 Mark niedriger, eingestellt. Dieses Minus an Ausgaben entsteht hauptsächlich durch die Uebertragung der Einzelbesteuerung der direkten Staatssteuern auf die Gemeinden. Als neu eingestellt erscheint ein Betrag von 200 000 Mark für die Erhaltung und Erneuerung des Katasters. Ein Betrag von 314 000 Mark ist als einmalige Ausgabe zur Deckung der Verpflichtungen des aufzulösenden Fonds zur Erhaltung und Erneuerung des Ka-

tasters in den Provinzen Rheinland und Westfalen ausgeworfen. Der Gesamtmineralsüberschuß bei den direkten Steuern beläuft sich auf 25 948 900 Mark.

Der Etat der indirekten Steuern weist gleichfalls einen Minusüberschuß von 2 903 550 Mark auf, indem die Gesamteinnahmen von 68 022 000 Mark um 3 199 000 Mark niedriger eingestellt sind, was aber keinen allgemeinen Rückgang der Staatseinnahmen bedeutet, da die bisher in diesem Etat geführten Verkehrsabgaben, welche auf 3 200 000 Mark veranschlagt sind, vom 1. April 1895 ab auf die allgemeine Verwaltung übergehen. Ein bemerkenswerthes Plus bei den Einnahmen erscheint mit 100 000 Mark bei der Erbschaftsteuer, welche im Ganzen mit 8 400 000 Mark etabliert ist, wegen der Ertrag der Stempelsteuer um 700 000 Mark niedriger, das heißt mit 23 Millionen, in den Etat eingestellt ist. Die Vergütung für die Erhebung von Reichsteuern ist mit 34 823 260 Mark, das sind 509 090 Mark mehr als im laufenden Jahre, veranschlagt. Die Gesamtausgaben sind auf 31 450 100 Mark veranschlagt. Das sich ergebende Minus von 125 700 Mark an Ausgaben ist bedingt durch die oben erwähnte Uebertragung der Erhebung der Verkehrsabgaben auf den Etat der Verwaltung, und erscheint in letzterem naturgemäß als Mehrausgabe. Der Ueberschuß der indirekten Steuern ist auf 36 571 900 Mark veranschlagt.

Der Etat der Lotterieverwaltung ist mit nur unerheblichen Änderungen gegen das laufende Jahr aufgestellt. Die Gesamteinnahmen sind mit 82 462 400 Mark, die Gesamtausgaben mit 72 708 800 Mark veranschlagt, so daß der Ueberschuß 9 753 600 Mark beträgt. Zu erwähnen wäre, daß die Reichstempelabgabe für die preussischen Loose, die zum Ubfag gelangen, 6 394 500 Mark, das sind 3 195 100 Mark mehr als im laufenden Jahre beträgt. Da die Stempelabgabe von den Loosinhabern zu zahlen ist, so beeinflusst dieselbe trotz ihrer sehr bedeutenden Erhöhung das Endergebnis der Lotterieverwaltung nicht. Auch im Etatsjahr 1895—96 sind zwei Lotterien, jede zu 4 Klassen, in Aussicht genommen. Die Ziehungen der 4. Klasse jeder Lotterie, welche früher im Hochsommer bzw. im Winter stattfanden, und mancherlei Unzulänglichkeiten im Folge hatten, sind jetzt in die Frühjahr- und Herbstzeit verlegt, so daß jetzt die Ziehungen in die Monate Januar bis Mai und Juli bis November fallen.

Der Etat der Seehandlung weist einen Gesamtgewinn von 1 985 000 Mark auf. Der Kassenumschlag belief sich im Jahre 93—94 auf 905 063 434 Mark in Einnahme, auf 905 219 303 Mark in Ausgabe, der gesamte Ueberschuß auf 26 473 427 Mark, in Schatzanweisungen auf 4 000 295 Mark. Von den gewerblichen Etablissements der Seehandlung haben die Bromberger Mühlen einen Ertrag von 37 500 Mark, das sind 280 Prozent gegen 1,74 Prozent im Vorjahre, erbracht; die Schlager-Maschinenpumpen zu Kandelshut in Schlesien erbrachte einen Nettoertrag von 55 817 Mark, das ist eine Verzinzung von 3,34 Prozent gegen 5,31 Prozent im Vorjahre. Bei dem künftigen Verkauf in Berlin hat sich im Jahre 93—94 der Geschäftsertrag vermindert, indem die Zahl der Käufer von 163 982 Stück im Gesamtbeleihungswerte von 3 348 790 Mark auf 151 022 Käufer mit einer Gesamtbeleihung von 3 192 992 Mark zurückgegangen ist. Der Gesamtgewinn stellt sich auf 42 510 Mark, oder 1,06 Prozent des benutzten Kapitals. Der Gewinn wird bekanntlich an milde Stiftungen abgeführt.

Der Etat der Münzverwaltung weist einen Ueberschuß von 14 780 Mark ohne nennenswerthe Veränderungen auf.

Der Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung weist bei einer Gesamteinnahme von 119 836 444 Mark, ein Minus von 8 252 528 Mark auf. Von vornherein ist dabei zu erwähnen, daß die Minus-Einnahme durch den Fortfall der Bergwerkssteuern im Betrage von 6 393 000 Mark in erster Reihe veranlaßt ist; und daß auch der Ertrag der Hütten mit 1 682 885 Mark niedriger veranschlagt werden mußte. Die Einnahme aus den Bergwerken ist mit 89 409 735 Mark (— 321 135 Mark), die der Hütten auf 17 946 300 Mark (— 1 684 650

Mark), die der Salzwerke auf 7 787 990 Mark (+ 104 630 Mark), die aus Gemeindefischereien mit 4 004 264 Mark (— 148 788 Mark) veranschlagt. Die Minus-Einnahme bei den Bergwerken und Hütten resultiert zunächst aus dem niedrigen Stande der Metallpreise und aus dem bedeutenden Einnahme-Ausfall beim Steinkohlenbergwerk zu Abensbüren. Bekanntlich wurde das Wert am 19. Juli 1894 von einem nicht vorherzusehenden Wassereintritt betroffen. Der ganze Haupttheil der Grube kam daher zum Erliegen. Das Wert ist schon über 300 Jahre betrieben worden, hat eine sehr festen Arbeiterstand und wies in den letzten 20 Jahren annähernd durchschnittlich eine Belegschaft von 500 Mann auf. In den letzten 20 Jahren hat das Bergwerk durchschnittlich 100 147 T. Kohlen gefördert und dabei einen Ueberschuß von 148 627 Mark gebracht. Die Stärke der abzunehmenden Fänge würde bei einer der bisherigen entsprechenden Jahresförderung den Betrieb auf über 100 Jahre sichern und einen Ueberschuß von über 12 Millionen Mark ergeben. Zur Sämpfung der eingestrichenen Wassermengen sind frächtige Maschinen- und Pumpenanlagen erforderlich und nach der Sämpfung ist eine umfassende Wiederaufwärtung der ausgebeuteten Aus- und Vorrathshäuser, sowie die Wiederherstellung der Vettermaaschinen zu bewirken. Auch erfordert die nur für das fiskalische Wert bestehende Knappschafte unter den obwaltenden Verhältnissen, wo annähernd die Hälfte der Mitglieder fern muß, erhebliche Zuschüsse. Die Kosten sind im Ganzen auf 2 625 800 Mark veranschlagt und erscheinen bei den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben mit der ersten Rate von 786 850 Mark eingestellt. Die Arbeiten sollen im Etatsjahr 1898—99 beendet sein. Die dauernden Ausgaben sind auf 108 924 767 Mark, das sind 2 991 165 Mark niedriger veranschlagt. Die Hauptsumme dieses Minus mit 1 808 860 Mark ergibt sich bei den Betriebskosten und Betriebsmaterialien auf Grund der Ergebnisse der letzten Jahre und unter Berücksichtigung des geringeren Bedarfs bei dem Steinkohlenbergwerk zu Abensbüren. Neu eingestellt ist ein Betrag von 7 000 Mark für Vergütungen für Unternehmung von Dampfseilen durch Bergwerksbeamte, welcher jedoch durch eine entsprechende Position in den Einnahmen seinen vollen Ausgleich findet. Die einmaligen Ausgaben sind im Ganzen auf 1 029 468 Mark veranschlagt, der Gesamtüberschuß auf 9 882 209 Mark.

Der Steinlohnabschlag ist pro 95—96 veranschlagt bei der Königsgrube auf 1 125 000 T. zu einem Abgabepreise von 5,779 Mark; bei der Königin Viktoria-Grube auf 2 300 000 T. zu 6,224 Mark; bei der Saargrube auf 6 034 690 T. zu 8,82 Mark.

Präsidentenkrisis in Frankreich.

Paris, 16. Januar. Das Demissions-schreiben des Präsidenten Casimir-Perier wurde heute Nachmittag im Senat und in der Kammer verlesen; dasselbe hat folgenden Wortlaut:

„Ich habe mir niemals die Schwierigkeiten der mir von der Nationalversammlung übertragenen Aufgabe verhehlt, ich hatte sie vorausgesehen. Wenn man im Augenblicke der Gefahr einen Posten nicht ausschlägt, so bewahrt man seine Würde nur bei der Ueberzeugung, seinem Vaterlande zu dienen. Die von Wüttern der Aktion und Kontrolle entbittete Präsidenschaft der Republik kann allein aus dem Vertrauen der Nation die moralische Kraft schöpfen, ohne welche sie nichts ist. Ich zweifle weder an dem gesunden Sinne, noch an der Gerechtigkeit Frankreichs; man hat es jedoch erreicht, die öffentliche Meinung mehr als zwanzig Jahre hindurch irrezuführen. Meine zwanzigjährigen Kämpfe in dieser Beziehung, meine Anhänglichkeit an die Republik und meine Hingebung an die Demokratie haben nicht genügt, alle Republikaner von der Unrichtigkeit und Wärme meines politischen Glaubens zu überzeugen und die Gegner eines Besseren zu belehren, welche glauben oder zu glauben vorgeben, daß ich mich zum Werkzeug ihrer Leidenschaft und ihrer Hoffnungen machen werde. Seit einem halben Jahre tobt ein Kampf mit Verleumdung und Verleumdungen gegen die Armee und die Behörden, gegen das Parlament und den unverantwortlichen Chef des Staates, und diese Freiheit,

den sozialen Paß zu schüren, wird fortgesetzt. Die Freiheit des Denkens genannt. Die Achtung und der Ehrgeiz, die ich für mein Land hege, gestatten mir nicht, zuzugeben, daß jeden Tag die besten Diener des Vaterlandes und diejenigen, welche es in den Augen des Auslandes vertreten, beleidigt werden. Ich kann nicht darauf verzichten, das Gewicht der auf mir lastenden moralischen Verantwortlichkeit mit der Machtlosigkeit, zu der ich verdammt bin, zu vergleichen. Vielleicht verheißt man mich, wenn ich versichere, daß die konstitutionellen Fiktionen die Forderungen des politischen Gewissens nicht zum Schweigen bringen können. Vielleicht werde ich, indem ich mein Amt niederlege, denjenigen ihre Pflicht vorgezeichnet haben, denen die Sorge obliegt für die Würde, die Macht und den guten Ruf Frankreichs in der Welt. Unabänderlich treu mir selber bleibe ich überzeugt, daß Reformen nur unter der thätigen Mitwirkung einer Regierung möglich sind, welche entschlossen ist, die Achtung vor dem Gesetze zu sichern, sich bei ihren Untergeordneten Gehorham zu verschaffen und sie alle in gemeinsamer Arbeit zu gemeinsamen Werken zu vereinen. Ich habe trotz der gegenwärtigen traurigen Stunde den Glauben an die Zukunft des Fortschrittes und der sozialen Gerechtigkeit. Ich lege auf den Tisch des Senats und der Kammer meine Demission als Präsident der Republik nieder.“ Unterzeichnet: Casimir-Perier.

Im Senat verlas Präsident Chasseloup-Lacour mit sehr bewegter Stimme das Demissions-schreiben des Präsidenten, welches mißfällige aufgenommen wurde. Bei jedem Satze fanden Unterbrechungen statt. Zum Schluß der Botschaft erhoben sich zahlreiche Proteste und Unterbrechungen, längeres Murren. Der Präsident theilte mit, daß der Kongreß morgen Nachmittag um 1 Uhr in Versailles zusammenzutreten werde. Der Senat verlas sich hierauf bis Montag.

In der Deputiertenkammer sind Hans und Debilans, auch die Diplomatenloge überfüllt. Der Vorsitzende Briffon verliest das Demissions-schreiben des Präsidenten Casimir-Perier unter gelegentlichen Unterbrechungen seitens der Rechten und der äußersten Linken. Briffon sagt hinzu: Die Kammer nimmt Kenntnis von dieser Erklärung des Präsidenten der Republik. Sodann theilt Briffon mit, daß die Kammer als Nationalversammlung auf morgen 1 Uhr nach Versailles berufen sei. Die Kammer überläßt es Briffon, den Tag für das Wiederzusammentreten der Kammer zu bestimmen. Schließlich erklärte Briffon, er habe von zwei Deputierten Anträge auf Revision der Verfassung erhalten, könne aber selbst nicht annehmen.

Der „Gour“, welcher vielfach als Organ Dupuy's gilt, verurtheilt die Demission Casimir-Perier's als das strengste und nennt dieselbe eine Defektion. Das Blatt meint, Dupuy hätte die größten Chancen von allen Kandidaten. Einzelne Blätter bemühen sich, dem General Mercier ein besonderes Relief zu verleihen. So bringt die „Gacette“ die ungeliebte Briffon, der Präsident des Senats habe Casimir-Perier die Auflösung der Kammer angetragen und das Bedenken Casimir-Perier's hinsichtlich der sich hieraus ergebenden Völkerverwirrung mit dem Hinweis auf die Armee erwidert. Casimir-Perier habe sodann General Mercier berufen und denselben befragt, ob er auf die Armee rechnen könne. General Mercier habe hierauf erwidert: „Um an die Grenze zu marschieren, wann Sie wollen! Sonst nicht!“

Auch der „Temps“ und die „Liberté“ tadeln, daß Casimir-Perier gleich dem ängstlichen Schritt gethan habe. Der „Temps“ sagt, die Republik befindet sich in einer schwierigeren Lage als zu Zeit der Vorkriegszeit; man schreite bis zu den Tagen der Anarchie und des allgemeinen Ungehorsams zurück, welches dieselbe vorbereite. Man müsse fürchten, daß die Nation sich immer mehr von dem Regime der Freiheit entzweit fühle, welches sich in ein Regime der Verleumdung und der Beschimpfung umwandelt. Wenn das Volk alles andere als das Bestehende für besser halte, so sei es reif für die Anarchie. „Caveau consules.“

Walbec-Roussieu erklärte in den Koulons des Senats, daß er jede Kandidatur ablehnt. Das Gleiche erklärte auch Chasseloup-Lacour. Weyrath wird Konstant als Kandidat genannt, ebenso der Gouverneur der Vaucluse Magnin.

Bei künftigen Deputierten, welche nicht den Radikalen angehören, giebt sich ein tiefes Bedauern über den Rücktritt Casimir-Perier's kund.

„Aus dem Auslande liegen über den Rücktritt des Präsidenten folgende Nachrichten vor:

Wien, 16. Januar. In politischen Kreisen war seit längerer Zeit bekannt, daß Casimir-Perier mit Rücktrittsgedanken getrieben habe, doch glaubte Niemand, daß er gerade im jetzigen Augenblicke demissioniren werde. Die Lage in Frankreich wird sehr ernst aufgefaßt, aber keineswegs befürchtet, daß sie direkt auf die europäische Situation unangenehm zurückwirken werde. Zuversicht mindestens will man hier die französischen Wirren als eine hässliche Ungelegenheit der Republik gelten lassen. Nur insofern verursacht das über Frankreich hereinbrochene Chaos hier Unbehagen, als es nicht gleichgültig sein kann, wenn ein so wichtiger europäischer Faktor immer wieder von den schwersten Erschütterungen heimgesucht wird. Der tiefste französische Völkshater reißt ehestens nach Paris ab.

Das „Neue Wiener Tagblatt“ erhielt von Florens aus Paris ein Telegramm folgenden Inhalts: „Das Land ist ruhig, alles läßt annehmen, daß Briffon zum Präsidenten gewählt wird.“

Rom, 16. Januar. Die offiziöse „Riforma“ schließt ihren Artikel über Perier's Rücktritt mit den Worten: „Die Ereignisse beweisen, daß in Folge der Füglosigkeit der radikalen Parteien der Parlamentarismus in Frankreich wie in Italien immer mehr verfallt, und daß das einzige soziale Mittel in festen und muthigen Regierungen beruhe.“

Der „Messaggero“ schreibt, Frankreich gehe einer überaus verwirrenden, geradezu furchtbaren Krise entgegen. Das radikale Blatt hofft jedoch, die Schwefelkammer werde aus der Prüfung mit Ehren hervorgehen.

Das offiziöse „Giornale“ steht nur zwei Möglichkeiten, entweder die Wiederwahl Perier's (?) oder aber die Wahl eines entschiedenen Radikalen wie Briffon.

London, 16. Januar. Die „Ball Mall Gazette“ sagt, indem sie den Rücktritt Casimir-Perier's kommentirt, jetzt sei der Augenblick für einen Tyrannensturz da. Wo aber diesen finden? Die Napoleons seien unfindbar, der Graf von Paris sei todt und der Herzog von Orleans zu jung und zu indiskret. Die Republik selbst sei unfruchtbar, sie habe keine Söhne hervorgebracht.

Deutschland.

Berlin, 17. Januar. Der erste parlamentarische Empfang des Reichstagskanzlers Fürsten Hohenlohe in den prächtigen Räumen des Reichstags-Palais in der Wilhelmstraße war von nahezu 350 Personen besucht und bot ein glänzendes Bild der Berliner politischen Kreise. Fast alle Fraktionen des Reichstages waren vertreten. Die hauptstädtische Presse schien durch die Repräsentanten der verschiedenen politischen Schattierungen (nur rein antimilitärische und sozialdemokratische Organe hatten keine Einladungen empfangen) dem „neuesten Kurse“ beizugehen zu wollen, daß sie seiner Aufforderung gern entspreche, auf dem Parke des Gesellschaftsbaus das oft so schön gesungene Kriegslied für einige Stunden zu begraben. Die Vertreter der großen deutschen Presse im Reich und der bedeutendsten ausländischen Zeitungen waren gekommen, um den Fürsten Hohenlohe zu begrüßen, und die Spitzen des Bundesraths wie der großen Reichskämmer und des preussischen Ministeriums hatten es sich nicht nehmen lassen, auch ihrerseits vor aller Welt darzutun, wie gern sie dem Ruhe des Reichs und preussischen Ministerpräsidenten Folge leisten.

Gegenwärtig und verfloßene Exzellenzen, die Bürgermeister der Hauptstadt, Zelle und Richter, Ehrenmitglieder aller Kategorien, höhere Offiziere der Land- und Seemacht vollständigen das Tableau, das kaum bunter gedacht werden konnte. Konserative, Freikonservative, Nationalliberale und Männer des Zentrums bildeten das Gros der Gäste. Aber auch die Freisinnigen waren zahlreich erschienen. Von der Volkspartei bemerkte man die Abgeordneten Mundel, Schmidt-Wilke (früher Elberfeld), Müller (Sagan), Langerhans,

weit nicht widersprechen, als die, die Verlegung des Weges ersuchen, anderweitigen Interessen seinen persönlichen Verkehrsinteressen vorgehen.

Nach dem § 14 des Gesetzes über das Mobiliarversicherungswesen vom 8. Mai 1837, welcher auch für die Immobilienversicherung gilt, darf kein Agent eine Police oder einen Prologationschein zu derselben ausgeben, bevor er nicht von der Polizei-Brigade des Wohnorts des Versicherungsnehmers die amtliche Erklärung erhalten hat, daß der Ausbündigung in politischer Hinsicht kein Bedenken entgegenstehe. In Bezug auf diese Bestimmung hat das Ober-Verwaltungsgericht, III. Senat, durch Urteil vom 25. Januar ausgesprochen, daß, so lange das politische Unbedenklichkeitsattest nicht erteilt ist, der Versicherungsvertrag nicht zu Stande kommen kann.

Ist ein Grundstück durch Vertrag verkauft und ohne Auflassung dem Käufer übergeben und von diesem der Kaufpreis berichtigt worden, und errichtet sodann der Käufer mit Wissen und ohne Widerspruch des Verkäufers auf dem Grundstück ein Gebäude, so hat nach einem Urteil des Reichsgerichts, V. Zivilsenats, vom 9. Mai 1894, im Gebiet des Preuß. Allg. Landrechts der Käufer — falls der Vertrag nichts Anderes bestimmt — durch die Inhabitation das Eigentum an dem Grundstück erworben, obgleich ihm dasselbe nicht aufgegeben worden ist. Der Verkäufer in Konkurs, so kann der Konkursverwalter die Herausgabe des Grundstücks vom Käufer nicht verlangen.

Auf die von den Abjanten an einer neuen, zur Bebauung bestimmten Straße zu leistenden Beiträge zu den Straßenherstellungskosten findet, nach einem Urteil des Ober-Verwaltungsgerichts, II. Senat, vom 24. Oktober 1894, weder das Gesetz vom 18. Juni 1840 über die Verjährungsfrist bei öffentlichen Abgaben noch das Gesetz vom 31. März 1888, wegen Einführung kürzerer Verjährungsfristen, Anwendung.

Grundeigentümliches.

Zur bevorstehenden Revision des preussischen Stempelgesetzes.

Der moderne Grundstückverkehr hat sich, dem Zuge der allgemeinen Entwicklung folgend, von den alten, schwerfälligen Formen der Rechte- und Eigentumsübertragung mehr und mehr zu befreien gesucht. Er wendet diese Formen nur noch insoweit an, als es unumgänglich erforderlich ist bei den Engagements. In den großen Städten und ihren Umgebungen, überall da, wo sich ein lebhaftes Terrainsgeschäft entwickelt, werden die Grundstücke fast regelmäßig auf Schlußscheine gehandelt und wechseln unter Zession dieser Urkunden oft mehrfach den Besitzer, ehe es zu einer endgültigen Uebertragung und zur Auflassung kommt. Nur das Engagements trägt den Kaufstempel, die Zwischengeschäfte, bei denen manchmal nicht unerhebliche Spekulationsgewinne gemacht werden, unterliegen nur dem Zessionsstempel von 1,50 Mark.

Das ist nun eine Tatsache, die die preussischen Staatsfinanzminister nicht ruhig schlafen läßt. Hat der Grundstückverkehr, sagen sie, teilweise die Formen des Börsenhandels angenommen, so muß er auch wie die Börsengeschäfte behandelt werden. Wo bliebe sonst die ausschließende Gerechtigkeit, jene Devisen, unter der heute zu Tage dem Publikum jede sogenannte „Reform“ mündig gemacht zu werden pflegt. Und wenn dabei zugleich etwas für die Staatskasse abfällt, so ist das bei der ewigen Finanznot des Staates auch nicht zu verachten. Handelt es sich doch nicht einmal um eine allgemeine Verkehrsbelastung, nur um eine solche des als willig bekannten Grundbesitzes. Da er nicht eben erst die Umsatzsteuer auf sich genommen, warum soll er nicht auch noch eine neue Abgabe derselben tragen, zumal wenn sie ihm in der schmackhaften Form einer „Ergänzung und Neubearbeitung des bestehenden Stempelgesetzes“ geboten wird.

Von diesem Gesichtspunkt aus wird man auch von den offiziellen, Berl. polit. Nachrichten

längst in die Tagespresse lancierte Notiz von einer für die bevorstehende Landtagssitzung in Aussicht genommene Revision des preussischen Stempelgesetzes verstehen.

Wenn es sich hierbei in erster Linie auch nur um die Interessen des spekulativen Grundstückverkehrs zu handeln scheint, so werden dadurch mittelbar doch auch die des großstädtischen Grundbesitzes überhaupt berührt, und darum — aufgepaßt!

Die Abzahlungsgeschäfte und das Pfandrecht der Vermieter.

Durch das Gesetz über die Abzahlungs-geschäfte sind Kautelen geschaffen worden, durch die einerseits der Ausbeutung des Käufers durch den Händler ein wirksamer Damm entgegengestellt worden ist, während andererseits die Interessen der Verkäufer in vollem Maße Wahrung gefunden haben. Nun sind beim Abzahlungs-geschäfte aber nicht nur Käufer und Verkäufer interessiert, sondern auch dritte Personen, die den Abzahlungskäufer Kredit gewähren und unter Umständen durch das Eingreifen des Abzahlungs-geschäftes geschädigt werden. So gewährt der Wohnungsvermieter dem Mieter Kredit in der Voraussetzung, daß ihm die vom Mieter eingebrachten Gegenstände dafür Sicherheit bieten, daß ihm auch die Miete gezahlt werden kann und wird. Wie die Verhältnisse nun heute, insbesondere in den großen Städten, liegen, steht fest, daß das Mobiliar eines sehr großen Theils der Mieter theils aus unpaßbaren Gegenständen, theils aber aus Sachen zusammen, die auf Abzahlung entnommen sind. In Folge dieses Umstandes wird der Vermieter nur selten in der Lage sein, sein Pfandrecht zur Geltung zu bringen, denn die Intervention des Abzahlungsverkäufers wird ihm hindernd in den Weg treten, und so muß er mit Verlusten rechnen, deren Gesamtbetrag namentlich in den Großstädten überaus hoch sein dürfte. Häufig ziehen auch Abzahlungsverkäufer mit ihren Schuldnern an einem Stränge, um dem Vermieter sein Pfandrecht zu verweigern;

ihre beiderseitigen Bemühungen laufen dahin aus, daß der Abzahlungsverkäufer ein Pfandrecht nicht vorhandenes Eigentum geltend macht und der Vermieter ihn darin unterstützt, indem er sein Eigentumsrecht aufgibt und nur das Abzahlungsrecht beansprucht. Fragt man sich nun, wie die auf solche Weise entstehenden Uebelstände hervorgerufen werden konnten, so ergibt sich von selbst, daß die Nichtbarkeit des Eigentumsvertrages, die Nichtbarkeit des Pfandrechts die Schuld tragen. Die Anlegung von sichtbaren Zeichen, aus denen der Eigentumsvertrags der Abzahlungsverkäufer hervorgeht, kann einerseits nur dazu beitragen, daß der reelle Verkäufer in seinen Rechten geschützt wird, andererseits wird sie den Vermietern nicht hindern, einen Mann mit Achtung anzunehmen, der ihm von vornherein offen sagt, daß die einzubringenden Gegenstände Eigentum eines Dritten sind. Eine Befestigung der herkömmlichen Uebelstände wird nur dann möglich sein, wenn — ähnlich wie es in der Rheinprovinz und in Hamburg der Fall ist — im Wege der Reichsgesetzgebung die Bestimmung getroffen würde, daß auch fremde, in die Mietverträge zu dauerndem Verbleib eingebrachte Sachen zur Sicherheit für den Mietzins haften, sofern nicht das Eigentum eines Dritten an denselben durch äußere Zeichen sichtbar gemacht oder dem Vermieter vor der Einbringung von dem Mieter oder dem Eigentümer angezeigt worden ist.

Ein sehr beachtenswerther Vorschlag wurde in einer Versammlung des fünften kommunalen Wahlbezirksvereins zu Halle gemacht, wo den Hausbesitzern, welche Zahlung der Miete nicht erlangen können, der Rath erteilt wurde, von dem Eigentümer der Miethelose Vorgehen in angemessener Höhe einzufordern. — Jedenfalls ist es in allen vorerwähnten Fällen rathsam, das Pfandrecht nicht ohne Weiteres aufzugeben, sondern dasselbe auf nachdrücklichste durchzusetzen, denn gar oft schon hat der arglose Eigentümer im Refraktationsprozeß seine Ansprüche in dergründeten können. Andererseits liegen aber gerichtliche Entschcheidungen vor, nach welchen der Eigentümer zur ganzen oder theilweisen Zahlung der Miete verurtheilt wurde.

Es wäre sehr zu wünschen, daß das neue bürgerliche Gesetzbuch diese brennende Frage mit regelte.

Erkenntnisse des Obergerichts.

Unter einer sogenannten historischen Strafe ist in einer Urtheil, zu deren Erneuerung und Umgestaltungskosten die Anlieger nicht herangezogen werden können, ist, nach einem Urteil des Ober-Verwaltungsgerichts, II. Senat, vom 23. Mai 1894, zu verstehen: eine Strafe, welche schon vor dem Inkrafttreten des Strafenstrafgesetzes vom 2. Juli 1875 und des darauf bezüglichen Urtheils zum Verfall im Orte und zum Anbau bestimmt gewesen ist und den örtlichen Anforderungen entspricht, welche regelmäßig an solche Strafenstrafe gestellt wurden. Wird eine solche Strafe einem anderen Orte eingemeindet, so verliert sie den Charakter einer historischen Strafe dadurch nicht, daß sie den in dem neuen Orte an die Strafen gestellten höheren Anforderungen nicht entspricht.

Nach § 15 des Bauauslastungsgesetzes vom 2. Juli 1875 kann durch Ortsstatut festgesetzt werden, daß bei der Anlegung einer neuen Straße von den angrenzenden Eigentümern, sobald sie Gebäude an der neuen Straße errichten, der Ersatz der Herstellungskosten der Straße geleistet werden. In Bezug auf diese Bestimmung hat das Ober-Verwaltungsgericht, II. Senat, durch Urteil vom 20. März 1894 ausgesprochen, daß als „Gebäude an der neuen Straße“ auch solche zu verstehen sind, welche nicht unmittelbar an der Straße, sondern durch einen unbedeutenden Terrainstreifen von der neuen Straße getrennt und ohne einen Zugang von der Straße errichtet werden. Als „Gebäude“ im Sinne dieses Gesetzes sind ebenso Wohn- als auch Wirtschaftsgebäude, Speicher und sonstige Gebäude zu verstehen.

Dem Besitzer des an einem öffentlichen Wege belegenen Grundstücks steht nach einem Urteil des Ober-Verwaltungsgerichts, IV. Senat, vom 4. Juli 1894, kein Recht auf Belassung des Weges zu, er kann demnach der Verlegung dieses Weges seitens der Regelpolizeibehörde in-

